

LESEROBMANN

Also: Ich bin happy



REINHARD OLDEHEWE
TELEFON: 0371 656-6566 (10-12 Uhr)
TELEFAX: 0371 656-17041
E-MAIL: leser-obmann@freiepresse.de

Immer wieder gibt es in meinem (Arbeits-)Leben das eine oder andere Schlüsselerlebnis, von dem aus ich meine Einstellung zu einem Thema ändere. Von einem möchte ich nun berichten:

Kürzlich war auf der Sportseite der Artikel „Endlich mal wieder Wettkampffeele“ zu lesen, der eine („schon ältere“) Frau veranlasst hatte, mich anzurufen und mir diese Frage zu stellen: „Können Sie mal erklären, was Rope Skipping ist?“ Konnte ich natürlich nicht und sagte deshalb: „Noch nie gehört.“ Also habe ich mir den Artikel auf den Monitor geholt, den Satz mit dieser mir unbekanntem Sportart gesucht und mir im Internet eine Definition für „Rope Skipping“ aufgerufen, bevor ich echt kleinlaut wurde und der Anruferin bekannte: „Gemeint ist Seilspringen.“ Ob es einen Unterschied zu dem gibt, was sie in ihrer Kindheit gern hüpfend und springend gemacht hat, wusste ich aber immer noch nicht und versprach, mich darum zu kümmern. Die Frau war mir wohlgesonnen, was ich daraus folgerte, weil sie abschließend mit Hinweis auf die Überschrift noch sagte: „Was Feeling heißt, weiß ich übrigens genau, auch in meinem Alter.“

Geändert habe ich meine Einstellung dahingehend: Liebe Kollegen in der Redaktion, in den vergangenen Wochen ist die Anzahl wegen der Häufung von Anglizismen in Artikeln sprunghaft gestiegen, was vor allem an den Berichten über die Folgen der Coronapandemie liegt, doch würde ich euch bitten, wenn es machbar und es ein gleichbedeutendes deutsches Wort gibt, dieses zu verwenden, viele Leser werden es uns danken.“ Ganz ehrlich? Diesen Satz habe ich gerade zum ersten Mal mit dieser öffentlichen Konsequenz gedacht, gesagt und geschrieben; ich bin stolz auf mich.

Noch kurz zur Erklärung und zum besseren Verständnis: Besonders häufig haben mich Leser auf die Begriffe „Homeoffice“ und „Home-schooling“ angesprochen, deren Bedeutung ihnen meistens klar war, doch gleichbedeutende deutsche Wörter würde es geben. An dritter Stelle meiner (internen) Liste solcher Wörter steht eins, das in diesem Satz eine Artikels vorkommt: „Wir sind in Abstimmungen mit den Behörden, wie wir die Regeln für das Social Distancing anpassen können.“ Obwohl sie eigentlich mit der Pandemie un-mittelbar wenig zu tun hat, sondern nur mit deren Auswirkungen, hat die Bezeichnung „Worst-Case-Szenario“ in meiner Sammlung englischer Bezeichnungen neuerdings einen Spitzenplatz eingenommen, während ein anderer Anglizismus seinen seit Jahren behaupten kann, zuletzt auch wegen dieser Überschrift: „Hype um ‚Wunderkind‘ Moukoko“.

Bevor nun der Eindruck entsteht und die Hüter der deutschen Sprache vor Begeisterung in die Hände klatschen, möchte ich betonen und dies (mal wieder) zur Diskussion stellen: Eine Menge an Anglizismen stehen zu Recht in der Kritik, doch gibt es ebenso viele, über die sich Leser oft ärgern, die ich aber vehement verteidige, weil sie zu unserem Wortschatz mittlerweile einfach dazugehören wie der Shop, das Call-center oder ich bin happy.

HINWEIS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwahrnehmend zu bearbeiten. Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers und nicht die der Redaktion wieder. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Nichts aus der Geschichte gelernt

In der Reportage „Du kannst keine Prinzessin sein“ und in dem Interview „Jeder trägt rassistische Haltungen in sich“ ging es darum, wie ausgeprägt der Alltagsrassismus auch in Deutschland ist.

Bedrohung für andere Menschen
Unbestreitbar haben wir auch in Deutschland, nicht erst seit Pegida und AfD, ein Rassismusproblem. Dabei geht es nicht um Schwarzer Peter oder rosafarbene Heftpflaster. Es geht um die ungehemmte, öffentliche Demütigung und Bedrohung anderer Menschen. Aber Rassismus ist kein Problem der Deutschen allein. Er tritt weltweit und durch alle Kulturen auf. Er äußert sich dort, wo Fremdes als Bedrohung der eigenen Existenz oder nur der eigenen Meinung empfunden wird. In den seltensten Fällen ist er durchdacht, sondern wird einfach als bequeme Position übernommen. Wenn Kinder in Afrika einem Europäer „Mzungu“ nachrufen, seit neuesten durch den Zusatz „Corona“ ergänzt, ist das nicht wesentlich anders als die Situation in Deutschland. Trotzdem müssen wir uns fragen, wie ist dem in unserem Land zu begegnen? Ein guter Ansatz ist immer, die eigene Position kritisch zu hinterfragen. Als Hilfe dazu empfehle ich das Buch von Alice Hasters „Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen“. Zugegeben, es ist nicht einfach, sich in Betroffene hineinzuversetzen. Mit einigem guten Willen und ein wenig Fantasie ist es aber möglich.

Mehr noch als die wissenschaftliche Analyse von Susanne Rippl hat mich der Bericht über Rasha Nasr betroffen gemacht. Vor allem ihre Erfahrung, dass sich in der Öffentlichkeit kaum jemand an ihre Seite gestellt hat, schockiert. Umso größer ist meine Hochachtung für ihre Haltung. Wichtiger als alle Political Correctness in der Sprache finde ich deshalb, dass wir den rassistischen Anfeindungen, wenn wir ihnen begegnen, mit Höflichkeit und entschieden entgegenzutreten, die entsprechenden Personen in die Schranken weisen und uns sichtbar und hörbar auf die Seite der Angegriffenen stellen. (...)

Dietrich Moosdorf, Jößnitz



Diese Botschaft auf einer Demonstration in Stuttgart ist nicht falsch zu verstehen.

FOTO: CHRISTOPH SCHMIDT/DPA

Fadenscheinige Gründe
Die Debatte über Rassismus, die eine über Ausgrenzung im weitesten Sinne ist, ist sicherlich nicht neu. Und ähnlich wie bei vorangegangenen Debatten verlieren wir uns wieder in Begrifflichkeiten, wie denen vom rosafarbenen Pflaster und dem Schwarzen Peter. Von der Soziologin vermutlich als Synonym einer Veranschaulichung gedacht, erregt es die Gemüter auf eine Art und Weise, die das eigentliche Problem stark verniedlicht oder ins Lächerliche abgleiten lässt. Während wir den Vorwurf des Rassismus empört von uns weisen, sehen und hören wir, dass Menschen, die nicht unserem Weltbild entsprechend gekleidet sind, einer uns fremden Religion angehören, deren sexuelle Orientierung uns suspekt erscheint oder die aus fadenscheinigen Gründen zu Hassobjekten erklärt, beschimpft, geschlagen, beleidigt werden. Unser Verhalten ist erbärmlich, weil wir nichts aus der deutschen Geschichte gelernt haben. Wir lassen zu, dass Parteien und Einzelpersonen wieder ihre menschenverachtenden, wirren Vorstellungen verbreiten können und reden uns ein, es wäre zutiefst demokratisch. Rassismus befördert Gewalt und das hält

auch eine Demokratie auf Dauer nicht aus. Hören wir auf, über Begriffe zu diskutieren, sondern ändern wir jetzt sofort unser Verhalten.

Petra Lindner, Freiberg

Historische Einbettung nötig
Begleitend zu den Rassismus-Diskussionen in den USA erlebt derzeit eine jahrhundertealte „Tradition“ einen weiteren Höhepunkt: Der Sturz und die Beschädigung von Statuen und anderen Denkmälern. Ich will mich nicht bei den Amerikanern aufhalten, denn offenbar geht man dort zu undifferenziert zur Sache und es findet keine Diskussion statt. Ja, Wertehorizonte verschieben sich. Dahinter stecken eine veränderte geschichtliche Betrachtung und moralische Wertung. Ich bin nicht unbedingt ein Freund davon, alles mit der Brille des 21. Jahrhunderts zu sehen. Aber man muss offensichtlich akzeptieren, wenn bei historischen Persönlichkeiten plötzlich „schwarze Flecken“ gefunden und wenn frühere Helden hinterfragt werden. Eine angemessene historische Einbettung gehört aber unbedingt immer auch dazu. Es wäre gut, einen Kompromiss zu finden zwischen Sensibilisierung, histori-

scher Auseinandersetzung, Hinweisen und dem Aufbau einer ideellen Distanz. Eine Statue einer historischen Person, die aus heutiger Sicht den Platz da oben vielleicht nicht verdient hätte, würde so zum Mahnmal, dürfte aber stehen bleiben. Die Leute stehen am Sockel und lesen eine einordnende Erklärung, bei der neben den Verdiensten, die die Person für das Land oder die jeweilige Stadt hat, eben auch auf Äußerungen hingewiesen werden könnte, die heutzutage nicht mehr tragbar wären. Dann bliebe auch die Diskussion am Laufen. Ein solcher Umgang mit der Geschichte wäre aus meiner Sicht der Vernünftigste. Momentan wird die brachiale Methode bevorzugt. Standbild umgestürzt, ins Meer gekippt – und fertig. Ja, die schnellebelegte Wirklichkeit, die auf Eindeutigkeit aus ist. Die eigene Geschichte totschweigen und vergessen? Das kann nicht gut sein. Die un-bequemere Variante – Auseinandersetzung mit Person, Fresko oder Wandbild – gibt es leider viel zu selten. Eine differenzierte Erinnerungskultur wäre ein gutes Aushängeschild, um unsere oft beschworenen Werte nach außen zu tragen. (...)

Olaf Lorke, Pockau-Lengfeld

Trump ist nun mal nicht die USA

Zu Leserbriefen über den US-Präsidenten und den Entwicklungen in den USA:

Ich bin entsetzt, wenn ich die letzten Ausgaben des Leserforums betrachte. Ich bin weder mit den Überschriften noch mit den Meinungen einverstanden. Ich bin froh, dass mit den Demonstrationen, den Diskussionen, der Verhaftung der beteiligten Polizisten, dem Willen auch von Verantwortlichen nach Veränderungen die USA ihr wahres Gesicht zeigen. Das macht eine Demokratie aus, dass falsche Politik und falsches Verhalten kritisiert werden und zur Grundlage für Veränderungen werden können. Nicht „das Gesetz der Strafe regiert“, sondern der Wille von vielen Millionen nach Veränderungen. Trump ist eben nicht die USA. Dass in Berichten die wenig Gewaltbereiten hervorgehoben werden, kennen wir auch hierzulande. Egal, was herauskommt, Autokraten haben davor Angst. Wenn die Opposition in Staaten wie Russland oder der Türkei so viele Möglichkeiten in den Parlamenten, in den Medien und in den Kommunen hätte wie in den USA, wäre ein großer Schritt getan. (...)

Norbert Braumüller, Wolkenstein

Lösung nur mit weniger Wahlkreisen

Zu Berichten über eine Wahlrechtsreform für den Bundestag:

Seit Jahren veranstalten die Abgeordneten ein unwürdiges Schauspiel mit dem Ziel einer Begrenzung ihrer Anzahl im Bundestag. (...) Die meisten Vorschläge wurden zeredet und abgelehnt, da die Stärke der jeweiligen Partei geschwächt, die Wiederwahl des Abgeordneten gefährdet und persönliche Prüfnisse verloren gehen könnten. Dies ist menschlich verständlich, darf aber nicht zur maßlosen Ausuferung der Sitze und damit verbundener Kostensteigerung führen. Um die Anzahl der Überhangs- und Ausgleichsmandate und so die Gesamtzahl zu begrenzen, ist eine Verringerung der Wahlkreise erforderlich. Von der Debatte muss von den Abgeordneten erwartet werden, dass eine bereits für die nächste Wahl wirksame und brauchbare Lösung zur Begrenzung der Abgeordnetenzahl verabschiedet wird, die die Meinungen und Standpunkte der Bevölkerung widerspiegelt.

Bernad Schlegel, Chemnitz

Wo bleibt hier der Vorbildcharakter?

Zur Nachricht „Sigmar Gabriel war Berater für Tönnies“ hat uns dieser Leserbrief erreicht:

Wozu wird er wohl Tönnies beraten haben? Erfahrungen werden wir das sicher nicht, da es höchstwahrscheinlich dem Betriebsgeheimnis unterworfen wird. Sicherlich kann man ihn auch nicht für die dortigen Missstände verantwortlich machen, obwohl er vermutlich davon hat wissen können. Aber: In Anbetracht der Werkverträge für die Beschäftigten mit Bezahlung im Niedriglohsektor ist es schon bedenklich, welches Honorar er sich genehmigt. Wie viele Stunden wird er dafür wirklich gearbeitet haben? Dazu noch ein Honorar im vierstelligen Bereich für jeden Reisetag? Wo bleiben hier die Maßhaltigkeit, Moral und Vorbildwirkung der „Oberen“? Auch spielt solches Gebaren schnell in die Hände der (diesbezüglich zu Recht) Unzufriedenen, die das dann aufgreifen und populistisch vermarkten. Einem friedlichen Miteinander in der Gesellschaft wird damit ein Bärendienst erwiesen.

Klemens Nieft, Chemnitz

Solidarisches Miteinander geht zurück

Das Thema beschäftigt weiter, auch dieses Leserforum kommt ohne Meinungen zu Berichten über Corona nicht aus. Dies ist eine weitere Auswahl mit Auszügen aus Leserbriefen, die uns erreicht haben.



Ausgedient: Viele Menschen fordern ein Ende der Pflicht zum Tragen von Masken.
FOTO: KAY NIETELD/DPA

Nachdenklichkeit lässt nach
Die Kosten für flächendeckende Coronatests und andere Vorsorgemaßnahmen wie die Bereitstellung von Intensiv-Beatmungsplätzen sollen von den gesetzlichen Krankenkassen beglichen werden. Um wie viel dürften sich dann die Beiträge erhöhen? Und was kommt auf die privat Versicherten zu?

Meines Erachtens gehören Vorsorgemaßnahmen in den Aufgabenbereich der staatlichen Daseins- und Gesundheitsvorsorge. Wovon immerhin Markus Söder auszugehen scheint, wenn er zusichert, dass sein

reicher bayrischer Staat das Testangebot bezahlt. Jetzt, wo uns mit Vorbehalt eingeredet wird, dass wir Corona einigermaßen glimpflich überstehen könnten, drücken sich Politiker um eine klare Aussage, wie die Folgekosten bezahlt werden sollen. Momentan verweisen sie in die Zukunft, also nicht auf uns Alte, denn uns wollen sie bis zu den nächsten Wahlen nicht vergrätzen. Oder die sich erholende Wirtschaft wachse so über sich hinaus, dass wir die vielen

hundert Milliarden Euro getrost als Peanuts einstufen dürften. Ob sie selber daran glauben? Von der zu Beginn der Pandemie durch Schreckensbilder und Ängste aufgekeimten Nachdenklichkeit über unser Menschsein und über die Notwendigkeit eines weltweiten solidarischen und nachhaltigen Miteinanders spüre ich immer weniger. (...)

Werner Steffens, Chemnitz

Misstand schnell beenden

Bei der Untersuchung in Schlachthäusern haben sich auch Übertragungswege durch Lüftungsanlagen herausgestellt. Um Wärme und Feuchte aus den Hallen abzuführen, geht es ohne Lüftungsanlage nicht. Hygienische Gründe erfordern eine tiefe Lufttemperatur. Um die gekühlte Luft bis an das Verarbeitungsgut zu bringen, ist ein Mindestluftwechsel in den Räumen zu garantieren, und um dem Luftstrahl den entsprechenden Impuls zu verleihen. Rein aus hygienischen Gründen bräuchte man diese große Luftmenge nicht, daher wird ein Teil der Luft der angesaugten Außenluft erneut zugefügt, um teu-

re Kühlenergie zu sparen. Dies ist eine kostengünstige Art, Kühlenergie einzusparen. Damit kommen auch Keime und Viren wieder in den Prozess. Dies ist jetzt von Gutachtern aufgezeigt worden, hätte aber auch ohne Corona nicht sein dürfen, dass Abluft aus der Schlachtereier der Außenluft wieder beigelegt werden darf. (...) Dem Misstand mit solchen Umluftanlagen gehört schon lange der Garaus gemacht beziehungsweise sollte so schnell wie möglich abgestellt werden.

Hans-Joachim Pauli, Oederan

Weiter nur Ängste schüren

Geplant ist die Abschaffung der Maskenpflicht in Geschäften in Mecklenburg-Vorpommern und anderen Bundesländern, das ist längst überfällig. Aber natürlich haben unsere „Experten“ wie Gesundheitsminister Jens Spahn oder Karl Lauterbach etwas dagegen. Das käme ihrer Ansicht nach zu zeitig, denn sie wollen alle erst impfen, immer weiter die Angst schüren und Hysterie verbreiten.

Hannelore Sarfert, Chemnitz